افغانستان آزاد _ آزاد افغانستان

AA-AA

و کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد مه سر به سر تن به کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages (ویائی

Ausgabe vom 01.03.2018

Von Sebastian Carlens 02.03.2018

Kein Paradigmenwechsel

Die Kommunistische Partei Chinas bereitet die nächste Parlamentssitzung vor. Deutschlands Medien produzieren derweil »alternative Fakten«



Auf dem Plakat: Chinas Präsident Xi Jinping. Rechts daneben: Mao Zedong. Straßenszene aus Shanghai, 26. Februar 2018

Foto: Aly Song/Reuters

Wenn Chinas Kommunistische Partei tagt, denkt der Westen gern an Mao Zedong zurück. Der 1976 verstorbene Revolutionär, lange Jahre Vorsitzender der KPCh, scheint in hiesigen Redaktionsstuben manchmal präsenter zu sein als in China selbst. Ein Plenum

des Zentralkomitees der Regierungspartei, das die Anfang März anstehende Sitzung des Nationalen Volkskongresses vorbereitet, führt dann zu solchen Schlagzeilen: »Xi Jinping ist Chinas neuer Kaiser«. »Zeitlich unbegrenzte Machtfülle wie zuvor nur Staatsgründer Mao Zedong«, so der *Tagesspiegel*. Bei der *Taz* installiert sich »Xi Jinping als Herrscher nach Maos Vorbild«. Und das *Neue Deutschland* findet gar: »Xi überholt Mao«.

Viele Worte, wenig Information – das ist der übliche Klang der deutschen Presse, wenn über Chinas Politik berichtet wird. Sicher, die Sprache ist kompliziert, das Lesen der Dokumente ist nicht einfach, und selbst die – von den Chinesen bereitgestellten – Übersetzungen ins Englische erfordern Arbeit. Doch die lohnt sich, denn der kurze Passus, auf den sich die Medien kaprizieren, ist nur ein Aspekt von vielen.

Die am Montag begonnene und am Mittwoch beendete Plenumssitzung des ZK der KPCh hat beschlossen, welche Änderungsanträge zur Landesverfassung die Regierungspartei im chinesischen Parlament einbringen will. Die gültige Verfassung stammt von 1982, sie ist bereits viermal geändert worden. Da die KPCh im Volkskongress momentan über eine solide Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt, ist es wahrscheinlich, dass ihre Anträge angenommen werden. Und tatsächlich: Darunter findet sich auch einer, der die Amtszeitbegrenzung für den Staatspräsidenten auf zwei Legislaturperioden à fünf Jahre aufheben will. Präsident ist aktuell Xi Jinping. Xi ist aber auch Vorsitzender der KPCh (für diesen Posten gab es nie eine zeitliche Begrenzung) und Vorsitzender der Militärkommission. Letztere ist ein wichtiges Machtgremium, dabei handelt es sich (anders als früher in der UdSSR) um eine Parteiinstitution. Auch für deren Vorsitz gibt es keine maximale Amtsdauer. Die große Machtergreifung bleibt also aus: Nicht der Präsidentenposten ist in China entscheidend, sondern die Funktion in der herrschenden Partei, und da ändert sich nichts.

Unter den vielen weiteren Anträgen findet sich Hochinteressantes: So fordert die KPCh beispielsweise, Chinas Rolle im antiimperialistischen und antikolonialen Befreiungskampf der unterdrückten Völker wieder stärker zu betonen. China sieht sich weiterhin als Teil des »Trikont«, was in der Praxis durch solidarische Hilfe (zum Beispiel für Kuba und Venezuela) deutlich wird. Doch auch die eigene Rolle in der Welt will die Regierungspartei präzisieren: In die Verfassung soll aufgenommen werden, dass China jegliches Hegemoniestreben verurteilt. Dies ist ein Signal an diejenigen, die in Projekten wie der »Neuen Seidenstraße« eine Bedrohung sehen. Für die VR China ist wirtschaftliche Kooperation ein Geschäft auf Gegenseitigkeit, immer auch ein Hebel zur

Entwicklungshilfe. Welch extremer Kontrast zur westlichen, imperialistischen Expansionspolitik!

Es ist in China uralte politische Tradition, die Regierungszeit der Herrscher in »Regierungsdevisen« zu unterteilen. Die »Gedanken Xi Jinpings über den Sozialismus chinesischer Charakteristik für eine neue Ära« sind so gesehen die Fortschreibung dieser »Devisen«: Die Volksrepublik ist, rund 70 Jahre nach ihrer Gründung, tatsächlich in eine Phase der Entwicklung eingetreten. Neben dem außenpolitischen neue Bedeutungszuwachs steigt der Reichtum der chinesischen Bevölkerung. Es ist nun an der Zeit, soziale Umverteilungsfragen zu thematisieren, beschloss bereits der 19. Parteitag der KPCh im vergangenen Jahr. Der Präsident und Parteivorsitzende Xi steht China in dieser Zeit vor, und er ist im Volk außergewöhnlich beliebt. Eine dritte Amtszeit würde breite Unterstützung finden - in China natürlich, nicht in Berlin. Aus dem Land der »ewigen Kanzler« (Adenauer: 14 Jahre, Kohl: 16 Jahre, Merkel: bislang 13 Jahre) kann die Kritik daran nur als lächerlich bezeichnet werden.